

Zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume

Ein Statement

1. Eine nachhaltige Entwicklung setzt voraus, dass umweltschädliche Subventionspraktiken abgebaut werden. Genannt werden muss hier zunächst die Energiepolitik und deren Umgang mit fossilen Energieträgern und der Atomkraft gegenüber den stark vernachlässigten erneuerbaren Energien. Als nächstes muss die Agrarpolitik in den Blick genommen werden: 80 Milliarden DM, nahezu die Hälfte des EU-Haushaltes, fließen in die gemeinschaftliche Agrarpolitik. Diese gewaltige Summe dient vorwiegend zur Förderung der heutigen intensiven landwirtschaftlichen Produktion. Die hochspezialisierte Produktion führt zunehmend zu Monokulturen, zur Beseitigung europäischer Kulturlandschaften und zur Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten und deren Lebensräumen. Dazu kommen erhebliche gesundheitliche Belastungen für die Verbraucher (z.B. BSE).

2. Durch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im ländlichen Raum können deutlich mehr Arbeitsplätze als bisher geschaffen werden. Über die in der Agenda 2000 formulierten Ziele hinaus, ist die GAP zu reformieren: Bis 2006 sollten mindestens 50 % der Agrarförderung der EU umgewidmet und der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Gebiete zugeführt werden. 25 % sollten in ökologisch orientierte landwirtschaftliche Maßnahmen fließen, die natur- und umweltschonende Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Dadurch entstehen eine neue Innovationsdynamik im ländlichen Raum und bessere Zukunftsaussichten für die ländliche Wirtschaft. Derzeit stehen lediglich 10 % der Agrarmittel für die

sog. zweite Säule (Förderung ländlicher Raum) zur Verfügung.

3. Auf nationaler Ebene kommt der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) eine zentrale Rolle zu. Nur auf diesem Wege kann der Bund bei der ländlichen Entwicklung die im Rahmen der Agrarwende angekündigten Ziele umsetzen.

Zukünftige Schwerpunkte sind nach Auffassung des DNR (Deutscher Naturschutzring) nach einer Änderung des Gesetzes zur GAK in der neuen Legislaturperiode notwendig:

- integrierte Regionalentwicklung ländlicher Räume (Entwicklungskonzepte und Umsetzung von Modellprojekten),
- Umstellungshilfen und Vermarktung für den ökologischen Landbau,
- Verarbeitung und Vermarktung regional erzeugter Produkte,
- Agrarumweltmaßnahmen einschließlich Ausgleich für FFH-Gebiete,
- reduziertes und neugefasstes Agrarinvestitionsförderprogramm für eine umweltorientierte Produktion.

Im Gegenzug sollten folgende Streichungen vorgenommen werden: Flurbereinigung, freiwilliger Landtausch und agrarstrukturelle Entwicklungsplanung, ländlicher Wegebau, wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen mit Ausnahme zentraler Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen in den neuen Bundesländern, forstwirtschaftliche Maßnahmen (Wegebau und Erstaufforstung, Leistungsprüfungen in der

Helmut Röscheisen
Generalsekretär
Deutscher Naturschutzring (DNR)
Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände

tierischen Veredelung).

4. Die Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rats vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) bietet eine gute Grundlage, um das Potential integrierter Entwicklungen in einer abgegrenzten Region zu ermitteln und zu verwirklichen. Die Kernbereiche eines integrierten regionalen Entwicklungskonzeptes sind demzufolge:

- a) Vermarktung landwirtschaftlicher Qualitätserzeugnisse
- b) Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für ländliche Wirtschaft und Bevölkerung
- c) Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz und Erhaltung des ländlichen Raumes
- d) Diversifizierung der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen und landwirtschaftsnahen Bereich (zusätzliche Beschäftigung, zusätzliches Einkommen)
- e) Entwicklung und Verbesserung der mit der Entwicklung der Landwirtschaft verbundenen Infrastruktur
- f) Förderung von Tourismus und Handwerkstätigkeiten
- g) Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit Land- und Forstwirtschaft, Landschaftspflege und Verbesserung des Tierschutzes
- h) Finanzierungstechniken
- i) Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Wasserressourcen

5. Beachtliche Entwicklungschancen bietet der Tourismus auf dem Lande. Mit einem Jahresumsatz von etwa 275 Mrd. trägt die Tourismusbranche in Deutschland zu rund 8 % des BSP bei. Über zwei Millionen Arbeitskräfte hängen

direkt und indirekt vom Tourismus ab. Mit einer gezielten Kampagne zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus in Deutschland können in den nächsten Jahren 5 -10 % der heutigen deutschen Auslandsreisenden für einen Urlaub in Deutschland zurückgewonnen werden. Im Jahre 1998 entfielen von den 63,4 Millionen deutschen Urlaubsreisen (mit mehr als vier Übernachtungen) 44,7 Mio auf Auslandsaufenthalte und nur 18,8 Mio auf Reiseziele in Deutschland. Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Deutschlandtourismus sind direkte Bahnverbindungen (IR) in attraktive Feriengebiete wie die Mittelgebirge (Schwarzwald, Thüringer Wald, Odenwald, Eifel, Hunsrück und Harz), das Alpenvorland, Meeresküsten an der Ost- und Nordsee, die Seen in Bayern, Mecklenburg Vorpommern und der Bodensee sowie landschaftlich interessante Flusstäler (Saar, Mosel, Obere Elbe oder Ems).

6. Erneuerbare Energien (Biomasse und Geothermie) sind gerade für den ländlichen Raum unumgänglich; deren Einführung sollte massiv gefördert werden. Auf diese Weise kann das Ziel des Weißbuches der EU-Kommission zu erneuerbaren Energien erreicht werden. Es geht von einer Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien an der europäischen Endenergieversorgung auf 12 % bis zum Jahre 2010 aus. Die EU-Kommission errechnet in diesem Zusammenhang ein Arbeitsplatzpotential von 500.000 Beschäftigten.

7. Wichtig für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume ist die Beteiligung und Mitwirkung der örtlichen Bevölkerung. Die von der

“Von großer Bedeutung für die Entwicklung des Deutschland-tourismus sind direkte Bahnverbindungen (IR) in attraktive Feriengebiete”

Gemeinschaftsinitiative LEADER Plus geförderten Projekte berücksichtigen bereits diesen Bottom-up-Ansatz. Der DNR beabsichtigt im Rahmen einer Dachkampagne ländlicher Raum die Partizipation der Bevölkerung in den etwa 70 ländlichen Regionen Deutschlands gezielt zu fördern u.a. durch die Errichtung von Stiftungen und örtlichen Anlaufstellen.